

Bestätigungsvermerk

**Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2010
und Lagebericht**

**a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine
anlageverwaltung**
Frankfurt am Main

a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung

Frankfurt am Main

Bilanz zum 31. Dezember 2010

AKTIVA			31.12.2010	31.12.2009
		€	€	€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
	entgeltlich erworbene Konzessionen		0,51	0,51
II. Sachanlagen				
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.239.211,02		11.633.883,16
2.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	38.396,00		36.713,87
			11.277.607,02	11.670.597,03
III. Finanzanlagen				
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	32.772.196,13		34.189.315,60
2.	Beteiligungen	28.615,50		2.000.000,00
			32.800.811,63	36.189.315,60
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon gegen verbundene Unternehmen € 0,00 (Vj. EUR 133.853,45)	33.569,00		150.560,05
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	7.012.117,20		6.423.914,18
3.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		2.256.509,17
4.	Sonstige Vermögensgegenstände davon gegen verbundene Unternehmen € 1.500.000,00 (Vj. EUR 0,00)	1.501.590,34		110.669,22
			8.547.276,54	8.941.652,62
II. Kassenbestand Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			3.028.857,82	175.229,60
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			1.547,00	1.547,00
D. AKTIVE LATENTE STEUERN			3.500,00	0,00
			55.659.600,52	56.978.342,36

PASSIVA			
		31.12.2010	Vorjahr
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	41.200.000,00		41.200.000,00
19.741.379 Stückaktien			
II. Kapitalrücklage	1.227.445,77		1.227.445,77
III. Gewinnrücklagen			
Gesetzliche Rücklage	986.210,68		986.210,68
IV. Bilanzverlust	-5.218.078,33		-4.000.333,96
		38.195.578,12	39.413.322,49
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			
Sonderposten mit Rücklageanteil gem. § 6 b EStG		1.455.000,00	1.455.000,00
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	106.212,00		96.841,00
2. Steuerrückstellungen	89.761,00		59.662,00
3. Sonstige Rückstellungen	400.000,00		337.479,70
		595.973,00	493.982,70
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.046.608,81		10.922.360,64
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.626,61		59.671,16
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.171.988,32		4.456.843,46
4. Sonstige Verbindlichkeiten	169.825,66		177.161,91
		15.413.049,40	15.616.037,17
		55.659.600,52	56.978.342,36

a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung

Frankfurt am Main

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2010

	2010		Vorjahr
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	1.016.566,98		1.356.814,55
2. Sonstige betriebliche Erträge	626.997,72		3.158.492,55
3. Personalaufwand		1.643.564,70	4.515.307,10
a) Löhne und Gehälter	-479.079,53		-503.021,79
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-31.438,15		-45.801,61
davon für Altersversorgung € 1.715,48 (Vj. € 4.917,00)	-510.517,68		-548.823,40
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-405.856,63		-596.024,69
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.204.855,50		-3.279.591,87
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	212.801,70	-3.121.229,81	-4.424.439,96
7. Erträge aus Beteiligungen	1.013.079,07		118.674,36
davon aus verbundenen Unternehmen € 640.003,96 (Vj. € 566.795,75)			566.795,75
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	370.261,73		362.667,66
davon aus verbundenen Unternehmen € 174.766,40 (Vj. € 232.230,00)			
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-536.626,31		-194.220,50
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-748.007,98		-933.988,91
davon an verbundene Unternehmen € 186.128,08 (Vj. € 332.425,44)		311.508,21	-80.071,64
davon der Zinsanteil von Rückstellungen € 5.449,00			
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-1.166.156,90	10.795,50
12. Außerordentliche Erträge	3.500,00		0,00
alle aus der Anwendung der Übergangsvorschriften BilMoG			
13. Außerordentliche Aufwendungen	-11.678,00		0,00
alle aus der Anwendung der Übergangsvorschriften BilMoG			
14. Außerordentliches Ergebnis		-8.178,00	0,00
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (i.Vj. Erstattung)	-8.444,71		48.175,31
16. Sonstige Steuern	-34.964,76		-54.364,96
		-43.409,47	-6.189,65
17. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-1.217.744,37	4.605,85
18. Verlustvortrag		-4.000.333,96	-4.004.939,81
19. Bilanzverlust		-5.218.078,33	-4.000.333,96

a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

Anhang für das Geschäftsjahr 2010

A. Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB. Der Jahresabschluss 2010 wurde nach den aktuellen Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes erstellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind, soweit nicht durch BilMoG vom 25. Mai 2009 gefordert, gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die nicht mit dem Vorjahresausweis vergleichbaren Zahlen sowie die zur Anpassung der Eröffnungsbilanz erforderlichen Beträge werden bei den einzelnen Bilanzpositionen erläutert. Die Vorjahresbeträge werden gem. Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB unverändert ohne Anpassungsbeträge ausgewiesen.

Für den Sonderposten mit Rücklageanteil wurde von dem Beibehaltungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 3 EGHGB Gebrauch gemacht. Der Sonderposten soll mit den Anschaffungskosten von Zugängen im Immobilienbereich verrechnet werden. Soweit die Verrechnung auf die Anschaffungskosten von Grund und Boden vorgenommen werden kann (T€ 772), ergeben sich keine Ergebnisauswirkungen. Bei Verrechnung mit den Anschaffungskosten für Gebäude (T€ 683) vermindert sich die Abschreibung entsprechend.

Weiterhin wurde von dem Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht und aktive latente Steuern auf Unterschiedsbeträge zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz aus der Neubewertung der Rückstellung für Pensionen angesetzt.

Das nicht abnutzbare Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten, das abnutzbare Sachanlagevermögen zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Herstellungskosten sind zum bisherigen handelsrechtlichen Mindestansatz unter Einbeziehung aller aktivierungspflichtigen Beträge ermittelt worden. Fremdkapitalzinsen wurden nicht eingerechnet.

Abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens deren Anschaffungskosten € 150,00 nicht übersteigen, werden im Zugangsjahr als Aufwand erfasst (§ 6 Abs. 2 EStG).

Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens deren Anschaffungskosten zwischen € 150,00 und € 1.000,00 liegen, wird ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre gleichmäßig gewinnmindernd aufgelöst wird (§ 6 Abs. 2a EStG).

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten oder einem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Für Zugänge aus Verschmelzungen gelten die Wertansätze in den zu Grunde liegenden Bilanzen als Anschaffungskosten. Diese entsprechen den Anschaffungskosten.

Unter Beteiligungen wird ein im Rahmen der Abrechnung der Beteiligung am Bau der Deutschen Börse in Eschborn übergegangener Anteil ausgewiesen. Dieser beinhaltet als wesentlichen Vermögensgegenstand ein Baurecht Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit ihren Nominalbeträgen bewertet. Einzelwertberichtigungen bestehen in erforderlichem Umfang.

Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde im Vorjahr nach § 273 Satz 2 HGB a.F. aus den Veräußerungsgewinnen der abgegangenen Objekte gebildet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen enthalten die Dotierung der direkten Pensionszusagen sowie die nicht gedeckten Beträge aus den Verpflichtungen des Unterstützungsvereines für Betriebsangehörige der Seilwolff AG e. V., Mannheim. Der Unterstützungsverein wurde aus Vereinfachungsgründen aufgelöst. Die diesbezüglichen Verpflichtungen wurden von der Gesellschaft direkt übernommen. Die Berechnung erfolgte versicherungsmathematisch nach dem Barwertverfahren. Als Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck verwendet. In Ausübung des Wahlrechtes gem. § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB wurden die Verpflichtungen pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Laufzeit von 15 Jahren ergibt (zum 01.01.2010 5,25% zum 31.12.2010 5,15%). Für Verpflichtungen zur Anpassung der Renten nach § 16 BetrAV wurde für die laufenden Leistungen ein Erhöhungssatz von 1% berücksichtigt. Die Anpassung zum 01.01.2010 erfolgte mit dem vollen Zuführungsbetrag von € 11.678,00.

Die übrigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und erkennbaren Risiken. Sie wurden in Höhe der voraussichtlichen Erfüllungsbeträge gebildet.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr 2010 im Einzelnen gemäß dem folgenden Anlagespiegel entwickelt.

Die anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung enthalten die Büroeinrichtung einschließlich der technischen Ausstattung wie PC- Arbeitsplätze und Server. Die Zugänge entfallen auf EDV-Hardware sowie geringwertige Wirtschaftsgüter.

Bei den Anteilen an zwei verbundenen Unternehmen liegen die Buchwerte über den beizulegenden Zeitwerten (Net Asset Value auf Basis IFRS-Werte). Dies betrifft die Anteile an der Grundstücksverwaltung Voltenseestr. 2 GmbH mit einem Buchwert von T€ 5.851 und einem beizulegenden Zeitwert von T€ 5.695 sowie die Anteile an der GVW Grundstücksverwaltung Wächtersbacher Str. 83 GmbH mit einem Buchwert von T€ 2.549 und einem beizulegenden Zeitwert von T€ 1.204. Bei diesen Gesellschaften gehen wir davon aus, dass die Wertminderungen nicht von Dauer sind. Die Grundstücksverwaltung Triebstraße 3 GmbH wurde im Berichtsjahr auf die Muttergesellschaft verschmolzen. Hieraus resultiert ein Verlust von T€ 1.295, der unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen wird.

Die Beteiligung am Bau der Deutschen Börse in Eschborn wurde nach Fertigstellung des Gebäudes im Geschäftsjahr einschließlich einer Gewinnbeteiligung von T€ 373 zurückbezahlt. Der Ausweis umfasst im Wesentlichen als Vermögensgegenstand ein anteiliges Baurecht für ein Grundstück in Eschborn, welches aus der Beteiligung resultiert.

Anlagespiegel zum 31. Dezember 2010

Bezeichnung		Historische Anschaffungs- kosten €	+ Zugänge U Umbuchung * Anwachsung - Abgänge €	Abschreibung kumuliert €	Buchwert 31.12.2010 €	Buchwert Vorjahr €	Ab- schreibung €
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände						
	Software	5.222,28	0,00	5.221,77	0,51	0,51	0,00
Summe I		5.222,28	0,00	5.221,77	0,51	0,51	0,00
II.	Sachanlagen						
1.	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.654.213,15	+ 0,00 - 0,00	1.415.002,13	11.239.211,02	11.633.883,16	394.672,14
2.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	261.959,96	+ 12.866,62 - 0,00	236.430,58	38.396,00	36.713,87	11.184,49
Summe II		12.916.173,11	+ 12.866,62 - 0,00 U 0,00	1.651.432,71	11.277.607,02	11.670.597,03	405.856,63
III.	Finanzanlagen						
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	50.008.505,67	+ 3.708.373,43 - 5.125.492,90	15.819.190,07	32.772.196,13	34.189.315,60	
2.	Beteiligungen	2.000.000,00	+ 28.615,50 - 2.000.000,00	0,00	28.615,50	2.000.000,00	0,00
Summe III		52.008.505,67	+ 3.736.988,93 - 7.125.492,90	15.819.190,07	32.800.811,63	36.189.315,60	0,00
Gesamt		64.929.901,06	+ 3.749.855,55 - 7.125.492,90	17.475.844,55	44.078.419,16	47.859.913,14	405.856,63

Zur wirtschaftlichen Entwicklung bei den Tochtergesellschaften werden notwendige Informationen in der Berichterstattung zum Konzern gegeben. Aus der nachfolgenden Übersicht sind die nach dem Gesetz vorgeschriebenen Auskünfte über die verbundenen Unternehmen bzw. die Beteiligungsgesellschaften, bei denen die Gesellschaft mindestens den 5. Teil der Anteile besitzt bzw. im Wirtschaftsjahr besaß, zu ersehen.

Name der Gesellschaft	Sitz	Gesellschafts- kapital €	Anteil %	Eigen- kapital T€	Ergebnis			Ergebnisanteil/übernommenes Ergebnis			3) Cash-Flow (Anteil A.A.A.)		
					2008 €	2009 €	2010 €	2008 €	2009 €	2010 €	2008 €	2009 €	2010 €
A Grundstücksverwaltung Vollenseestraße 2 GmbH	60327 Frankfurt a. M.	2.812.105,34	100	2.819	-170.244,73	4.097,70	78.426,97	-170.244,73	4.097,70	264.718,53	16.046,27	178.260,70	
GVS Grundstücksverwaltung Sossenheim GmbH	60327 Frankfurt a. M.	2.556.459,41	100	2.559	74.034,04	-522.048,70	-129.749,28	74.034,04	-522.048,70	55.090,84	74.034,04	-414.348,70	
Verwaltungsgesellschaft für Industriegrundstücke mbH	60327 Frankfurt a. M.	766.937,82	100	745	15.689,22	9.874,51	0,00	0,00	0,00	21.963,76	15.689,22	9.874,51	
GVW Grundstücksverwaltung Wächtersbacher Str. 83 GmbH	60327 Frankfurt a. M.	2.500.000,00	100	-208	-120.396,04	-150.076,71	0,00	0,00	0,00	133.508,14	73.167,96	82.439,32	
Grundstücksverwaltung Triebstraße 3 GmbH	60327 Frankfurt a. M.	3.000.000,00	100	0	122.285,48	0,00	0,00	0,00	0,00	-28.397,63	122.285,48	0,00	
Julius Kleemann Handel GmbH	60327 Frankfurt a. M.	51.129,19	100	53	-6.183,64	1.467,37	3.269.583,54	-6.183,64	1.467,37	3.277.278,54	-6.183,64	1.467,37	
Grundstücksverwaltung Chennitz Annaberger Str.231 GmbH	60327 Frankfurt a. M.	50.000,00	94	5	-17.792,13	-14.577,61	-104.237,32	-17.792,13	-14.577,61	-93.534,32	-7.089,13	-4.516,61	
Grundstücksverwaltung Chennitz Jagdschänkenstr. 17 GmbH	60327 Frankfurt a. M.	50.000,00	94	50	44.640,32	207.236,63	-403.866,29	44.640,32	207.236,63	-392.146,29	79.520,97	239.923,25	
GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungs- ges.	60327 Frankfurt a. M.	1.342.999,60	94	1.384	765.940,21	680.855,28	452.945,08	566.795,75	640.003,96	778.203,95	689.902,33	796.006,24	
					3.255.755,63	707.972,73	3.163.102,70	491.249,61	316.179,35	4.016.685,52	1.057.373,50	889.108,08	

1) Gewinnabführungsvertrag

2) in 2010 verschmolzen

3) anteiliges Ergebnis zuzüglich anteilige Abschreibung

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Mietsforderungen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen die Salden der Verrechnungskonten. Die Ansprüche resultieren aus erbrachten Leistungen bzw. Liquiditätsvorlagen zur Abdeckung des Finanzierungsbedarfes unter Einbeziehung der Gewinnabführung bzw. Verlustübernahme für das Geschäftsjahr 2010.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wird ein zu marktüblichen Konditionen abgeschlossenes Darlehen in Höhe von T€ 1.500 an ein über die Konzernobergesellschaft Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH verbundenes Unternehmen ausgewiesen.

Aktive latente Steuern wurden für den Unterschied zwischen handelsrechtlichem und steuerrechtlichem Wertansatz der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gebildet. Im Einzelabschluss der a.a.a. aktiengesellschaft erfolgt die Berechnung mit einem kombinierten Satz von 30% für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer.

Das gezeichnete Kapital beträgt unverändert € 41.200.000,00, eingeteilt in 19.741.379 auf den Inhaber lautende Stückaktien.

Aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 27.08.2007 und nach Eintragung in das Handelsregister besteht ein genehmigtes Kapital. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, bis zum 27. August 2012 das Grundkapital durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu € 20.600.000,00 zu erhöhen. Die Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien kann dabei gegen Bar- und/oder Sacheinlagen erfolgen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates

- a) Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;
- b) das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder von Beteiligungen an Unternehmen oder sonstiger Vermögensgegenstände erfolgt;
- c) das Bezugsrecht der Aktionäre bei ein- oder mehrmaliger Ausnutzung des genehmigten Kapitals bis zu einem Kapitalerhöhungsbetrag auszuschließen, der 10 % des zum Zeitpunkt der Erteilung und des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung sowie des zum Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals nicht überschreitet, um die neuen Aktien gegen Bareinlage zu einem Ausgabebetrag auszugeben, der den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der

auf diejenigen Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden.

Über den Inhalt der Aktienrechte und die weiteren Bedingungen der Aktienaussgabe einschließlich des Ausgabebetrages entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats.

Der Bilanzverlust entwickelt sich wie folgt:

	€
Jahresfehlbetrag 2010	-1.217.744,37
Verlustvortrag 01.01.2010	<u>-4.000.333,96</u>
Bilanzverlust	<u><u>-5.218.078,33</u></u>

Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde in 2009 nach § 273 Satz 2 HGB a.F. aus den Veräußerungsgewinnen der abgegangenen Objekte gebildet.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurde nach dem Barwertverfahren bewertet. Zum 31.12.2010 bestehen Versorgungsverpflichtungen gegenüber 7 Pensionären sowie 2 ausgeschiedenen Anwärtern des Unterstützungsvereins e.V., 3 ausgeschiedenen Anwärtern der Seilwolf Folien GmbH sowie einer Pensionärin (Witwe) der a.a.a. aktiengesellschaft. In Ausübung des Wahlrechtes gem. § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB wurden die Verpflichtungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz bei einer angenommenen Laufzeit von 15 Jahren von 5,15 % abgezinst, der von der Deutschen Bundesbank ermittelt und bekannt gegeben wird. Für die Verpflichtung zur Anpassung der Renten nach § 16 BetrAVG wurde für laufende Leistungen ein Erhöhungssatz von 1% berücksichtigt. Alle Anwartschaften sind nicht dynamisch. Gegenüber aktiv Beschäftigten bestehen keine Versorgungsverpflichtungen. Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck zu Grunde gelegt. Die Anpassung der Unterschiedsbeträge nach der neuen Berechnung erfolgte zum 01.01.2010 in voller Höhe mit EUR 11.678,00. Der Aufwand aus der Anpassung wird gem. Art 67 Abs. 7 EGHGB im außerordentlichen Aufwand ausgewiesen. Der Zinsanteil der Zuführung für das Geschäftsjahr wird unter Zinsen und ähnliche Aufwendungen erfasst. .

Die sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Aufwendungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses (T€ 100), unterlassene Instandhaltungen, die innerhalb von drei Monaten des folgenden Geschäftsjahres nachgeholt werden (T€ 98), noch ausstehende Beratungsrechnungen (T€ 30) sowie die anstehende Hauptversammlung (T€ 60) und Aufsichtsratsvergütung (T€ 55) in Höhe der voraussichtlichen Erfüllungsbeträge gebildet. Die Laufzeiten der sonstigen Rückstellungen liegen alle unter einem Jahr, so dass keine Abzinsungen vorzunehmen waren.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffen vier Darlehen bei drei Kreditinstituten. Sie sind durch planmäßige Tilgungen gegenüber dem Vorjahr vermindert. Die Besicherung erfolgt durch Grundschulden auf dem eigenen Immobilienbe-

sitz und dem des verbundenen Unternehmens Naxos-Union GbR sowie Abtretung der Mietansprüche aus den finanzierten Objekten.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten im Wesentlichen Rechnungen für die Veröffentlichungen, Steuererklärungen sowie Energieabrechnungen und Handwerkerrechnungen, die kurz vor dem Bilanzstichtag eingegangen sind und daher erst im neuen Geschäftsjahr bezahlt werden konnten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen die Salden der Verrechnungskonten aus verauslagten Kosten und überlassener Liquidität. In den Posten wurden auch die Gewinnabführungen bzw. Verlustübernahmen verrechnet.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen neben Verbindlichkeiten aus Steuern (T€ 82) erhaltene Kautionen (T€ 58).

Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Gesamt €	Gesichert €	Art der Sicherheit	Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren €	Restlaufzeit bis zu einem Jahr €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	10.046.608,81 (10.922.360,64)	10.046.608,81 (10.922.360,64)	Abtretung Mietforderungen, Grundpfandrechte Abtretung Mietforderungen, Grundpfandrechte	903.837,88 (1.221.786,46)	7.959.157,00 (982.584,15)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	24.626,61 (59.671,16)	./. (./.)	./. (./.)	./. (./.)	24.626,61 (59.671,16)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	5.171.988,32 (4.456.843,46)	./. (./.)	./. (./.)	./. (./.)	5.171.988,32 (4.456.843,46)
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	169.825,66 (177.161,91)	./. (./.)	./. (./.)	./. (./.)	169.825,66 (177.161,91)
davon aus Steuern: € 81.919,70 (Vorjahr € 94.662,35)					
Gesamt	15.413.049,40	10.046.608,81	./.	903.837,88	13.325.597,59
Vorjahr Gesamt	(15.616.037,17)	(10.922.360,64)	(./.)	(1.221.786,46)	(5.676.260,68)

Haftungsverhältnisse

- aus Bürgschaften € 4.999.931,81
(davon zugunsten verbundener Unternehmen € 4.999.931,81)
- aus der Bestellung von Sicherheiten
für fremde Verbindlichkeiten € 2.821.317,66
(davon zugunsten verbundener Unternehmen € 2.821.317,66)

Eine selbstschuldnerische Bürgschaft wurde einem Kreditinstitut als zusätzliche Sicherheit für Kredite, an eine Tochtergesellschaft gegeben. Als Obligo wird der Gesamtbetrag der gegenüber dem Kreditinstitut bestehenden Verbindlichkeit der Tochtergesellschaft ausgewiesen. Für eine andere Tochtergesellschaft wurden aufgrund vereinbarter Kreditbedingungen die Geschäftsanteile (T€ 2.821) dieser Gesellschaft zur Sicherheit abgetreten.

Da die Haftungsverhältnisse nur zu Gunsten verbundener Unternehmen bestehen, die unter unserer Leitung stehen und die im Risikomanagement unserer Gesellschaft einbezogen sind, schätzen wir das Risiko der Inanspruchnahme als äußerst gering ein. Die Ertragssituation beider Gesellschaften gewährleistet die fristgerechte Leistung der vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus dem unbefristeten Mietvertrag für Büroräume besteht eine jährliche Verpflichtung von T€ 66 (ohne Umsatzsteuer und Nebenkosten).

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse enthalten ausschließlich Mieteinnahmen, die im Inland angefallen sind.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Wesentlichen die Erlöse aus der Umlage von Mietnebenkosten und an verbundene Unternehmen, Mieter und Dritte weiterbelastete Vorlagen für auf Mieterwunsch durchgeführte Arbeiten und erbrachte Leistungen für Verwaltung, Hausmeister und Versicherungen enthalten.

Die Löhne und Gehälter sind im Wesentlichen durch die Verminderung der Vergütungen des Vorstandes zurückgegangen.

Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung enthalten die Dotierung der Rückstellungen für Pensionen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen betreffen ausschließlich die planmäßigen Abschreibungen. Sie sind durch die im Vorjahr erfolgten Veräußerungen zurückgegangen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten den Verlust aus der Verschmelzung der Tochtergesellschaft Grundstücksverwaltung Triebstraße 3 GmbH (T€ 1.295), umlagefähige Energie und Wartungskosten (T€ 139) sowie Aufwendungen für Instandhaltung (T€ 130). Weiterhin werden hierunter allgemeine Verwaltungskosten gefasst, die sich im Wesentlichen aus Abschluss- und Prüfungskosten (T€ 107), Rechts-, und Beratungskosten (T€ 47), Versicherungsprämien (T€ 62), Mieten (T€ 95) sowie Kosten der Hauptversammlung (T€ 76) zusammensetzen. Die Verwaltungskosten wurden teilweise an die Tochtergesellschaften weiterbelastet.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen entfallen auf die Gesellschaften Grundstücksverwaltung Voltenseestraße 2 GmbH, Julius Kleemann Handel GmbH und Grundstücksverwaltung Chemnitz Jagdschänkenstr. 17 GmbH. Die Erträge aus Beteiligungen betreffen das übernommene Ergebnis der GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungsgesellschaft. Einzelheiten ergeben sich aus der Übersicht über die Beteiligungen. Ebenfalls wird hier der Gewinn aus der Beteiligung am Neubau der Deutschen Börse in Eschborn mit T€ 373 ausgewiesen.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge stammen aus der Verzinsung der Verrechnungskonten mit den verbundenen Unternehmen sowie dem zusammen mit der Beteiligung an dem Neubau Deutsche Börse in Eschborn gewährten Darlehen.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme betreffen zu übernehmende Verluste der Grundstücksverwaltung Chemnitz Annaberger Str. 231 GmbH und der GVS Grundstücksverwaltung Sossenheim GmbH.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen stammen aus Zinsen für langfristige Bankverbindlichkeiten (T€ 556), Zinsen an verbundene Unternehmen für die Überlassung der Liquidität (T€ 186) sowie dem Zinsanteil aus der Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit T€ 5.

Ertragsteuern fallen durch steuerlich nicht zu berücksichtigende Aufwendungen trotz des Verlustes in ausgewiesener Höhe an. Sie betreffen ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit abzüglich der sonstigen Steuern. Die auf die außerordentlichen Aufwendungen entfallende Steuer (latente Steuer) ist als außerordentlicher Ertrag im außerordentlichen Ergebnis enthalten.

Die sonstigen Steuern beinhalten die umlagefähige Grundsteuer und die Kfz-Steuer.

E. Sonstige Angaben

Mutterunternehmen:

Seit dem 30.04.2009 ist die Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH, Bad Homburg, Amtsgericht Bad Homburg v.d.H., HRB 7588, mit 95,63 % Stimmrechtsanteilen die Konzernobergesellschaft. Die Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH, Bad Homburg, ist damit Mutterunternehmen für den größten Kreis verbundener Unternehmen und bezieht die a.a.a. aktiengesellschaft sowie deren Tochterunternehmen (Teilkonzern) in den Konzernabschluss ein.

Muttergesellschaft für den kleinsten Kreis der einbezogenen Unternehmen ist die a.a.a. aktiengesellschaft selbst.

Die Veröffentlichungen der Konzernabschlüsse erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger (eBAZ).

Angaben nach § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG:

Die **Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH**, Bad Homburg, Deutschland, hat uns am 4. Mai 2009 gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 WpHG mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung am 30. April 2009 die Schwellen von 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 95,63 % (18.879.105 Stimmrechte) beträgt. Davon sind der Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH 6,09 % der Stimmrechte (1.201.263 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen. Der Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH zugerechnete Stimmrechte werden ihr dabei von der Aktionärin Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH, deren Stimmrechtsanteil an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung 3 % oder mehr beträgt, zugerechnet. 84,33 % der Stimmrechte (16.647.942 Stimmrechte) hat die Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH am 30. April 2009 durch die Ausübung ihres durch Finanzinstrumente nach § 25 Abs. 1 S. 1 WpHG verliehenen Rechts, Aktien an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung zu erwerben (Durchführung eines Aktienkaufvertrags), erworben.

Die **Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GbR**, Bad Homburg, Deutschland, hat uns am 4. Mai 2009 gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 WpHG mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GbR an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung am 30. April 2009 die Schwellen von 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 95,63 % (18.879.105 Stimmrechte) beträgt. Davon sind der Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GbR 89,55 % der Stimmrechte (17.677.842 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WpHG und 6,09 % der Stimmrechte (1.201.263 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen. Der Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GbR nach § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WpHG zugerechnete Stimmrechte werden über die von ihr kontrollierte Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH, deren Stimmrechtsanteil an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung 3 % oder mehr beträgt, gehalten. Der Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GbR nach § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnete Stimmrechte werden ihr von der Aktionärin Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH, deren Stimmrechtsanteil an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung 3 % oder mehr beträgt, zugerechnet. 84,33 % der Stimmrechte (16.647.942 Stimmrechte) hat die Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GbR am 30. April 2009 durch die Ausübung des durch Finanzinstrumente nach § 25 Abs. 1 S. 1 WpHG verliehenen Rechts der Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH, Aktien an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung zu erwerben (Durchführung eines Aktienkaufvertrags), erworben.

Die **Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH**, Frankfurt am Main, Deutschland, hat uns am 4. Mai 2009 gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 WpHG mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung am 30. April 2009 die Schwellen von 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 95,63 % (18.879.105 Stimmrechte) beträgt. Davon sind der Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH 0,08 % der Stimmrechte (16.780 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WpHG und 89,55 % der Stimmrechte (17.677.842 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen. Der Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH nach § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnete Stimmrechte werden ihr dabei von der Aktionärin Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH, deren Stimmrechtsanteil an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung 3 % oder mehr beträgt, zugerechnet. 5,32 % der Stimmrechte (1.051.083 Stimmrechte) hat die Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH am 30. April 2009 durch die Ausübung ihres durch Finanzinstrumente nach § 25 Abs. 1 S. 1 WpHG verliehenen Rechts, Aktien der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung zu erwerben (Durchführung eines Aktienkaufvertrags), erworben.

Herr Günter Rothenberger, Deutschland, hat uns am 4. Mai 2009 gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 WpHG mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil von Günter Rothenberger an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung am 30. April 2009 die Schwellen von 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 95,63 % (18.879.105 Stimmrechte) beträgt. Davon sind Günter Rothenberger 6,09 % der Stimmrechte (1.201.263 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WpHG und 89,55 % der Stimmrechte (17.677.842 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen. Günter Rothenberger nach § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WpHG zugerechnete Stimmrechte werden über die von ihm kontrollierte Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH, deren Stimmrechtsanteil an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung 3 % oder mehr beträgt, gehalten. Günter Rothenberger nach § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnete Stimmrechte werden ihm von der Aktionärin Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH, deren Stimmrechtsanteil an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung 3 % oder mehr beträgt, zugerechnet. 5,32 % der Stimmrechte (1.051.083 Stimmrechte) hat Günter Rothenberger am 30. April 2009 durch die Ausübung des durch Finanzinstrumente nach § 25 Abs. 1 S. 1 WpHG verliehenen Rechts der Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH, Aktien an der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung zu erwerben (Durchführung eines Aktienkaufvertrags), erworben.

Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Dipl. Kfm. Werner Uhde, Bad Soden
Vorsitzender
Rechtsanwalt

Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:

Aufsichtsratsmitglied der

-Deutsche Fonds Holding AG, Stuttgart

-PITTLER Maschinenfabrik AG, Langen

-Deutsche Immobilien Holding AG, Bremen (Wahl: 26.08.2010)

Günter Rothenberger, Frankfurt am Main
Stellvertretender Vorsitzender
Geschäftsführer der Günter Rothenberger
Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main
Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
Vorsitzender des Aufsichtsrates der
Diskus Werke AG, Frankfurt am Main
Aufsichtsratsmitglied der
PITTLER Maschinenfabrik AG, Langen

Matthias Hünlein, Frankfurt am Main
Relationship Manager, Tishman Speyer
Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
Aufsichtsratsmitglied der
Deutsche Wohnen AG, Frankfurt am
Main (Wahl: 15.06.2010)

Vorstand

Dipl. Kfm. Dr. Sven-G. Rothenberger,
Frankfurt am Main
Kaufmann
Vorsitzender
Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
Aufsichtsratsmitglied der
Diskus Werke AG, Frankfurt am Main

Dipl. Kfm. Hendryk Sittig
Liederbach
Kaufmann
Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
- keine

Die Festlegung und Überprüfung der Vorstandsvergütung ist Aufgabe des Aufsichtsrats. Die Vorstände erhalten eine Festvergütung. Zusätzlich erhält Herr Dr. Rothenberger eine Tantieme bis maximal T€ 45 p.a., über deren tatsächliche Höhe der Aufsichtsrat entscheidet.

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2010 individualisiert:

Dr. Sven-G. Rothenberger

Laufende Bezüge	174.000,00 €	(Vj. T€ 219)
Rückzahlung Abfindung	0,00 €	(Vj. T€ -112)
Tantieme für 2010	<u>45.000,00 €</u>	(Vj T€ 45)
	219.000,00 €	(Vj. T€ 152)

Hendryk Sittig

87.600,00 € (Vj. T€ 0)

Sebastiano Ferrante bis April 2009

0,00 € (Vj. T€ 10)

Gesamt

306.600,00 € (Vj. T€ 162)

In diesen Bezügen sind Zuschüsse für Sozialversicherung und Lebensversicherungen enthalten.

An die Hinterbliebene eines früheren Vorstandsmitglieds wurde eine laufende Rente von € 6.096,00 jährlich gezahlt. Die Rückstellung für die noch laufenden Pensionen beträgt € 74.493,00.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten eine jährliche feste Vergütung von insgesamt T€ 27 (Vj. T€ 33). Bei unterjährigem Ein- und Austritt werden die Vergütungen jeweils zeitanteilig gewährt. Die Auszahlung erfolgt nach der Hauptversammlung.

Daneben erhält der Aufsichtsrat eine erfolgsorientierte Vergütung von € 1.000,- für jedes Prozent, um das die von der Gesellschaft an die Aktionäre ausgeschüttete Dividende 4% des Grundkapitals übersteigt.

Zu Einzelheiten verweisen wir auf den im Lagebericht unter Punkt 8. enthaltenen Vergütungsbericht.

Zum 31. Dezember 2010 bestanden keine Vorschüsse und Kredite an Organe und Mitglieder des Aufsichtsrates.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden durchschnittlich folgende Arbeitnehmer beschäftigt:

Angestellte	2
Gewerbliche Arbeitnehmer	<u>3</u>
Summe	<u>5</u>

Die Aufwendungen für die Abschlussprüfungen durch die KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft betragen in 2010 T€ 72 (Vj. T€ 65). Weitere Leistungen durch den Abschlussprüfer sind nicht angefallen.

Für ein Darlehen wurde auf der Basis des 3-Monats EURIBOR eine Collar-Sicherungsvereinbarung mit einer Laufzeit bis 30.12.2014 geschlossen. Sowohl das Darlehen, das zum Bilanzstichtag mit T€ 2.414 valuiert, als auch die Sicherungsvereinbarung wurden im Februar 2011 nach Verkauf des finanzierten Objektes abgelöst. Der durch das Kreditinstitut ermittelte Auflösungsbetrag für das Zinsderivat beträgt T€ -60. Die bestehende Drohverlustrückstellung wurde aufgelöst und die Gesamtverpflichtung unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Wesentliche, nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen oder Personen lagen nicht vor.

Die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zum Corporate Governance Kodex wurde im Juni 2010 abgegeben und sowohl im Geschäftsbericht als auch auf der Internetseite (<http://www.aaa-ffm.de/pages/iv-finanzberichte.html>) zugänglich gemacht. Die erneute Abgabe der Erklärung erfolgt im April 2011.

Frankfurt am Main, den 30. März 2011

Der Vorstand

Dr. Sven-G. Rothenberger
- Vorsitzender -

Hendryk Sittig

a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

1. Überblick

Nachdem die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 den stärksten Einbruch der Nachkriegszeit erlitten hat, setzte Anfang des Jahres 2010 eine leichte Erholung ein, die sich über das gesamte Jahr 2010 fortsetzte, so dass die Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr um 3,6% gestiegen ist.

Traditionell werden positive Konjunktorentwicklungen mit einer Verzögerung von 1-2 Jahren an die Immobilienbranche weitergegeben. Dies war auch bei den Objekten der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung spürbar. Die Anzahl der Mietgesuche hat erst gegen Jahresende wieder zugenommen. Trotz der allgemein noch anhaltenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise konnten Mieterausfälle verhindert und die Erträge der verbliebenen Objekte durch Neuvermietungen leicht gesteigert werden.

Über die Entwicklung bei den Beteiligungsgesellschaften informieren wir in diesem Lagebericht.

Die a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung („a.a.a. ag“) befasste sich wie bisher neben ihrer Holdingtätigkeit mit der Immobilienverwaltung. Zu den Veränderungen innerhalb der Ertragslage sowie der Vermögens- und Finanzlage geben wir nachstehende Erläuterungen.

2. Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr von T€ 1.357 um T€ 340 auf T€ 1.017 vermindert. Dies resultiert insbesondere aus dem Wegfall der Mieten der im Vorjahr veräußerten drei Objekte. Bei den noch im Bestand befindlichen Objekten Gutleutstraße 163-167 in Frankfurt und Virchowstraße in Hamburg haben sich die Mieten gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind mit T€ 201 (Vj. T€ 262) Nebenkosten der Objekte sowie Erträge aus der Weiterbelastung von Versicherungen, Personalkosten, Hausmeister und Verwaltungskosten von T€ 392 (Vj. T€ 397) ausgewiesen. Im Vorjahr war der Gewinn aus dem Verkauf der Objekte mit T€ 2.246 enthalten.

Der Personalaufwand ist im Wesentlichen aufgrund der Reduzierung der Vergütung von Herrn Dr. Rothenberger zurückgegangen. Zu Einzelheiten verweisen wir auf den Vergütungsbericht.

Die Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen haben sich durch die Veräußerungen der Grundstücke im Vorjahr vermindert.

Die wesentlichen Positionen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen mit T€ 293 auf Aufwendungen für die Mietobjekte (insbesondere Bewirtschaftungskosten), T€ 47 Rechts- und Beratungskosten, T€ 79 Kosten für Fremdarbeiten, T€ 107 Abschluss- und Prüfungskosten sowie Miete, Aufsichtsratsvergütungen und allgemeine Verwaltungsaufwendungen. Der Verlust aus der Verschmelzung der Tochtergesellschaft Grundstücksverwaltung Triebstraße 3 GmbH ist mit T€ 1.295 ebenfalls enthalten. Im Vorjahr war in dieser Position die Zuführung zum Sonderposten mit Rücklageanteil gem. § 6 b EStG in Höhe von T€ 1.455 ausgewiesen. Insgesamt ist eine Verminderung gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.075 zu verzeichnen. Ohne den Verschmelzungsverlust bzw. die Zuführung zum Sonderposten mit Rücklageanteil haben sich die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um T€ 915 vermindert. Die Hauptursache hierfür liegt im Rückgang der Aufwendungen für die Mietobjekte mit T€ 528, der Rechts- und Beratungskosten um T€ 103, Nebenkosten Geldverkehr mit T€ 131 sowie Fremdleistungen mit T€ 33.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen entfallen auf die laufenden Ergebnisse der Grundstücksverwaltung Chemnitz Jagdschänkenstr. 17 GmbH (T€ 207), Grundstücksverwaltung Voltenseestraße GmbH (T€ 4) sowie der Julius Kleemann Handel GmbH (T€ 1). Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Steigerung von T€ 94.

Bei den Erträgen aus Beteiligungen ist der Gewinnanteil aus der GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungsgesellschaft mit T€ 640 sowie T€ 373 aus der Beteiligung am Bau der Deutschen Börse in Eschborn ausgewiesen. Insgesamt haben sich die Erträge aus Beteiligungen um T€ 446 erhöht.

Die um T€ 342 erhöhten Aufwendungen aus Verlustübernahme enthalten die übernommenen Jahresfehlbeträge der Grundstücksverwaltung Chemnitz Annaberger Str. 231 GmbH (T€ 15) sowie der GVS Grundstücksverwaltung Sossenheim GmbH (T€ 522).

Die Zinsaufwendungen verringerten sich durch planmäßige Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von T€ 934 um T€ 186 auf T€ 748.

Insgesamt hat sich durch die vorstehend beschriebenen Einflüsse für 2010 das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um T€ 1.177 auf T€ - 1.166 verschlechtert.

Das Außerordentliche Ergebnis enthält die Anpassung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die daraus resultierenden aktiven latenten Steuern aus der erstmaligen Anwendung der Bilanzierungsvorschriften des HGB in der Fassung des Bilanzrechts Modernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25. Mai 2009 zum 01.01.2010.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von T€ 8 entfallen auf den voraussichtlichen Aufwand für 2010.

Unter den Sonstigen Steuern wird im Wesentlichen umlagefähige Grundsteuer ausgewiesen. Der Aufwand hat sich durch die im Vorjahr verkauften Objekte um T€ 19 verringert.

Das Jahresergebnis für 2010 liegt danach mit T€ -1.218 um T€ 1.222 unter dem Ergebnis des Vorjahres.

3. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.319 vermindert. Ursache hierfür ist der durch die Verschmelzung der Grundstücksverwaltung Triebstraße 3 GmbH entfallene Beteiligungswert. Ein Teil der aus der Rückzahlung der Beteiligung im Zusammenhang mit dem Bau der Deutsche Börse freigewordenen Liquidität wurde im Rahmen eines Darlehens in Höhe von T€ 1.500 an ein verbundenes Unternehmen weitergereicht. Der verbleibende Betrag ist in kurzfristigen Festgeldern angelegt und soll im folgenden Geschäftsjahr für Reinvestitionen genutzt werden. Zum Bilanzstichtag entfallen rd. 79 % der Bilanzsumme auf das Anlagevermögen (Vj. 84 %).

Der Eigenkapitalanteil hat sich trotz des eingetretenen Verlustes durch die geringere Bilanzsumme lediglich von 70,5 % auf 69,9 % vermindert. Hierin einbezogen sind 50 % des aus den Veräußerungsgewinnen gebildeten Sonderpostens mit Rücklageanteil. Das Anlagevermögen ist zu rd. 86 % durch Eigenkapital finanziert. Unter Einbeziehung der langfristigen Bankverbindlichkeiten ergibt sich eine Deckung von rd. 98 %.

Im Rahmen des Finanzmanagements wird durch Liquiditätsplanungen der Mittelbedarf ermittelt und durch Cash Pooling die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der a.a.a. ag und der Tochterunternehmen sichergestellt.

Die a.a.a. ag kann über ihre Finanzmittelausstattung ohne Einschränkungen verfügen.

Die wirtschaftliche Situation der a.a.a. ag im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses bestätigt die im Prognosebericht 2009 getroffenen Annahmen.

4. Risiken / Risikomanagement (Risikobericht)

Der Vorstand der Gesellschaft befasst sich intensiv mit Risiken der künftigen Entwicklung. Über die beabsichtigte Geschäftspolitik und grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, erhält der Aufsichtsrat die notwendigen Informationen, um im Zusammenwirken mit dem Vorstand zu einer Verbesserung der internen und externen Unternehmensüberwachung zu kom-

men. Er hat geeignete Maßnahmen getroffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, früh zu erkennen. Potentielle Risiken werden im Risikomanagementsystem anhand geeigneter Indikatoren erfasst und klassifiziert und auf ihre möglichen Auswirkungen geprüft. Dies ermöglicht die Auswahl geeigneter Maßnahmen zur Bewältigung der spezifischen Risiken. Das Überwachungssystem bezieht sich auf die Unternehmensplanung mit Finanz- und Liquiditätsplanung, Ergebnisplanung, Investitionsplanung und Fragen des Personals. Besondere Bedeutung kommt der Vermietungssituation mit der Leerstandsentwicklung zu. Dabei ist im System auch ein Soll/Ist-Vergleich vorhanden. Besonderes Augenmerk gilt dem Eingang der fälligen Mieten. Diese werden intensiv überwacht, so dass zeitnah alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden können, um die Chancen der Realisierung von Forderungen zu erhöhen.

Wesentliche Merkmale des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess:

Im Rahmen der Analyse von Risikofaktoren und bestandsgefährdenden Risiken wird auch die Kontrolle der rechnungslegungsrelevanten Prozesse vorgenommen. Sämtliche Funktionen im Bereich der Rechnungslegungsprozesse sind eindeutig zugeordnet. Die im Rechnungswesen eingesetzten EDV Systeme sind gegen unbefugten Zugriff geschützt und die Daten sind durch die eingerichteten Sicherungssysteme jederzeit wiederherstellbar. Eine Notfallplanung für den Ausfall der Systeme liegt vor. Es wird ausschließlich Standardsoftware eingesetzt. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Personen sind entsprechend qualifiziert. Die Vollständigkeit und Richtigkeit von Daten des Rechnungswesens werden durch manuelle Kontrollen überprüft. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird durchgängig das Vier-Augen-Prinzip angewendet. Aufgrund der personellen Struktur kann es durch den längeren Ausfall von Personen in Schlüsselpositionen, insbesondere im Rechnungswesen, zu Störungen der Betriebsabläufe kommen. In diesen Fällen kann die Gesellschaft jederzeit auf einen Dienstleister zurückgreifen, der über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen verfügt und die Aufgaben wahrnehmen kann. Der Aufsichtsrat befasst sich u.a. mit wesentlichen Fragen der Rechnungslegung, und des Risikomanagements.

Eine besondere Risikosituation im Immobilienbesitz der Aktiengesellschaft sehen wir zurzeit nicht. Durch einen externen Sachverständigen erstellte Gutachten zum Bilanzstichtag zeigen, dass die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien in fast allen Fällen noch deutlich über den Buchwerten liegen. Auswirkungen durch eine weiter negative Entwicklung des Immobilienmarktes können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Wir haben, durch die aus den Verkäufen erfolgten Tilgungen von Krediten sowie die Tatsache, dass notwendige Finanzierungen langfristig abgeschlossen wurden, der veränderten Marktlage bereits entgegengewirkt. Zur Situation bei einzelnen Beteiligungsgesellschaften erhalten Sie die notwendigen Informationen im Rahmen des Prognoseberichtes.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um insgesamt T€ 935 gegenüber dem Vorjahr vermindert.

Die Liquiditätssituation ist durch die zugeflossenen Mittel aus den Rückzahlungen der Beteiligung und des Darlehens verbessert. Zins- und Tilgungsleistungen wurden vereinbarungsgemäß erfüllt. Aufgrund marktbedingter Schwankungen ist die Gesellschaft einem Zinsrisiko ausgesetzt. Da rund 75 % der Bankverbindlichkeiten festverzinslich sind, sind die Auswirkungen von Zinssatzänderungen mittelfristig abschätzbar. Für ein langfristiges Darlehen mit variabler Verzinsung wurde eine Zinssicherungsvereinbarung geschlossen. Für ein Darlehen läuft in 2011 die Zinsbindungsfrist aus. Da das hiermit finanzierte Objekt veräußert wird, erfolgt aus dem Veräußerungspreis die Rückführung.

Es bleibt anzumerken, dass sich im Immobilienbereich latente Risiken durch Mieterwechsel ergeben, die in Leerständen oder in Mietreduzierungen bestehen können. Mieterauszug und notwendige Neuvermietung können grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

Die vorhandenen Kontroll- und Überwachungssysteme und das Berichtswesen an den Aufsichtsrat und Vorstand haben sichergestellt, dass Risiken erkannt und minimiert werden, dass nicht vermeidbaren Risiken entgegengewirkt wird und der Aufsichtsrat seine Kontrollfunktion ausüben kann. Der Vorstand sieht die Verpflichtungen des Risikomanagements durch die Maßnahmen erfüllt.

Wir sehen derzeit daher keine bestandsgefährdenden Risiken für die Gesellschaft. Die günstige Relation von Kapitaldienst und Nettomieteinnahmen gewährleisten die Zahlungsfähigkeit unseres Unternehmens.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der a.a.a. ag nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

6. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)

Die Immobilie in Hamburg Virchowstraße wurde Ende Dezember 2010 veräußert. Übergang von Nutzen und Lasten erfolgten in 2011. Wir hatten zwar im Vorjahr die Veräußerungsabsicht aufgegeben, konnten jedoch jetzt einen Kaufpreis erzielen, der unseren Erwartungen entsprach. Hieraus können wir die für das Objekt bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in voller Höhe zurückführen und noch weitere T€ 3.200 zur Reinvestition erhalten.

Bei dem Objekt Frankfurt Gutleutstraße 163 -167, gehen wir in 2011 davon aus, den noch bestehenden Leerstand von 416 qm (13%) ebenfalls zu guten Konditionen abbauen zu können.

Die Tätigkeit der a.a.a. ag und ihrer Tochtergesellschaften soll hauptsächlich regional auf das Rhein-Main-Gebiet ausgerichtet werden mit Ausnahme der Objekte in Chemnitz. Wir sind der Überzeugung, dass sich noch im Laufe des Jahres 2011 interessante Gelegenheiten für selektive Zukäufe ergeben werden.

Die derzeitigen kurz- bis mittelfristigen Planungen sind darauf ausgerichtet, Risiken zu minimieren, Verbindlichkeiten zurückzuführen und die Liquidität zu stärken.

Da das Ergebnis unserer Gesellschaft nachhaltig von der wirtschaftlichen Entwicklung der Tochtergesellschaften abhängig ist, berichten wir hierüber im Folgenden.

GVS Grundstücksverwaltung Sossenheim GmbH

Eine Verwertung der Restgrundstücke (Bebauung oder Verkauf) ist weiterhin möglich. Allerdings hat sich insbesondere das Marktumfeld für Projektentwicklungen wegen einer starken Zurückhaltung bei der Kreditvergabe deutlich eingetrübt. Insofern ist die weitere Entwicklung auf dem Immobilienmarkt abzuwarten. Im Geschäftsjahr 2010 haben wir eine weitere außerplanmäßige Abschreibung auf den Grundstückswert vorgenommen. Aufgrund des vorliegenden Gutachtens ist von einer dauernden Wertminderung durch den Preisverfall am Markt auszugehen. Für die in Vorjahren veräußerten Grundstücke war vereinbart, dass noch ausstehende Erschließungsmaßnahmen vom Verkäufer zu tragen sind. Die hierfür bei Abschluss der Kaufverträge gebildete Rückstellung musste nach Vorlage eines Kostenplanes erheblich erhöht werden. Dies führte in 2010 zu dem ausgewiesenen Verlust. Für das Geschäftsjahr 2011 erwarten wir, dass die Gesellschaft wieder ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

GVW Grundstücksverwaltung Wächtersbacher Straße 83 GmbH

Im Jahr 2010 konnten mit einer Rechtsanwaltskanzlei und einem großen Logistikunternehmen zwei neue Mieter für die Liegenschaft gewonnen werden. Durch ein erweitertes Konzept bei der Vermietung gehen wir davon aus, den Leerstand von rd. 40 % zum Jahresende im Jahr 2011 weiter abbauen zu können. Sobald die im Bereich der GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungsgesellschaft geplante Projektentwicklung durchgeführt wird, besteht weiteres Nutzungspotential für die Liegenschaft. Für das Geschäftsjahr 2011 rechnen wir trotz einer Umfinanzierung des Darlehens nach Auslaufen der Zinsbindung zu günstigeren Konditionen nochmals mit einem Verlust, da eine Neuvermietung immer mit Investitionen in die Mietbereiche verbunden ist und auch erst unterjährig mit weiteren Vermietungen gerechnet werden kann.

GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungsgesellschaft

Eine nicht genutzte Teilfläche der Liegenschaft haben wir entwickelt und unter der aufschiebenden Bedingung einer positiven Entscheidung über eine Bauvoranfrage an einen potenten Käufer verkauft. Zur Erlangung einer positiven Baugenehmigung ist jedoch noch ein Rechtsstreit gegen die Stadt Frankfurt am Main zu führen. In der ersten Instanz haben wir gewonnen. Die Stadt ist in Berufung gegangen und hat bei der mündlichen Verhandlung vor dem VGH Kassel Anfang des Jahres 2011 erwirkt, dass das Baurecht nicht erteilt wurde. Gleichzeitig wurde jedoch festgestellt, dass die Stadt Frankfurt in einem Zeitfenster im Jahre 2008 einen positiven Bauvorbescheid hätte erteilen müssen. Da dies nicht geschehen ist, hat sich die Stadt Frankfurt schadenersatzpflichtig gemacht. Derzeit ermitteln wir die Höhe des uns dadurch entstandenen Schadens. Wir gehen bei der Höhe des Schadens von einer Summe aus, die uns wirtschaftlich nicht schlechter stellt als bei einer Realisation des Projektes. Wir gehen jedoch davon aus, dass uns die Stadt Frankfurt, um diese Forderungen abzuwenden, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit eine Baugenehmigung erteilen wird. Im Zuge dessen würde der Einzelhandel gebaut und die bereits projektierten Fachmärkte in unmittelbarer Umgebung von uns realisiert werden. Für diese Fachmärkte liegen bereits zahlreiche Nutzungsvereinbarungen und Interessenbekundungen vor. Neben den für die Gruppe bedeutenden Liquiditätszuflüssen aus der Realisation des Verkaufs werden die genannten positiven Effekte für die Entwicklung, sowohl des eigenen Geländes, als auch der Reservegrundstücke der Grundstücksverwaltung Wächtersbacher Str. 83 GmbH erwartet. Die leerstehenden Hallenflächen konnten komplett vermietet werden, bzw. es steht der Mietvertragsabschluss für die letzte Fläche unmittelbar bevor, so dass die Liegenschaft voll vermietet wäre. Für das Geschäftsjahr 2011 rechnen wir, unabhängig vom Ausgang des Prozesses, wieder mit einem vergleichbaren Jahresüberschuss wie 2010. Sollte sich der Verkauf realisieren lassen, würde dies zu einem wesentlich höheren Ergebnis führen, wobei zu berücksichtigen ist, dass bei Erwerb der Beteiligung stille Reserven mit dem Kaufpreis vergütet wurden, die nach einem Verkauf anteilig vom Beteiligungswert abzuschreiben sind, wonach sich dieses Ergebnis kompensieren würde.

Grundstücksverwaltung Chemnitz Jagdschänkenstr. 17 GmbH

Die angestrebte Positionierung als Lager- Produktions- und Logistikobjekt konnte im Jahr 2009 durch die Vermietung von ca. 2.000 qm an einen Hersteller von Feuerwehrgerätetechnik fortgeführt werden. Die nun vorhandenen drei Ankermieter haben zu einer weiteren Stabilisierung des Cash-Flows geführt. Im Jahr 2010 konnten weitere kleinere Flächen vermietet werden und intensive Verhandlungen mit einem weiteren potentiellen Großmieter geführt werden, so dass wir davon ausgehen, die positive Entwicklung der Liegenschaft auch im Jahr 2011 fortführen zu können. Zum Jahresende 2010 beträgt die Leerstandsquote bezogen auf die bebauten Flächen noch rund 20 %. Für das Geschäftsjahr 2011 rechnen wir mit einem ähnlich positiven Ergebnis wie 2010.

Grundstücksverwaltung Chemnitz Annaberger Str. 231 GmbH

Die anhaltend schwierige Nachfragesituation hat auch im Jahr 2010 dazu geführt, dass keine größeren Neuvermietungen getätigt wurden. Mit dem Ankermieter wurden jedoch intensive Gespräche über eine Erweiterung der Flächen und der Verlängerung des Mietvertrages geführt. Wir gehen davon aus, diese Gespräche Anfang 2011 zu einem positiven Abschluss bringen zu können. Für das leerstehende Hauptgebäude wird eine mögliche Umnutzung in ein Studentenwohnheim oder Altenheim geprüft. Dies würde jedoch zunächst zu Investitionen in erheblichem Umfang führen, die erst in späteren Perioden entsprechende Erträge abwerfen können, so dass wir auch für das Geschäftsjahr 2011 einen Verlust auf Vorjahresniveau erwarten.

Insgesamt erwarten wir für 2011 wieder ein positives Ergebnis, welches jedoch durch Zukauf neuer Objekte beeinflusst werden kann. Die Rückführung bestehender Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat zunächst einen positiven Einfluss auf das Zinsergebnis und kompensiert einen Teil der durch den Verkauf des Objektes weggefallenen Mietüberschüsse. Sollten wir geeignete Objekte finden, müssten zur Finanzierung jedoch wieder neue Kredite aufgenommen werden. Je nach Ausgestaltung der Objekte (vermietet oder leerstehend) sind dann Erträge unter Umständen erst später zu erwarten. Wir gehen davon aus, dass durch diese Maßnahmen auch 2012 ein positives Ergebnis zu erwarten ist.

7. Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt € 41.200.000,00. Es ist eingeteilt in 19.741.379 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Bei den Aktien handelt es sich ausnahmslos um Stammaktien, verschiedene Aktiengattungen sind nicht vorgesehen. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile ist ausgeschlossen. Bei einer Erhöhung des Grundkapitals kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von der in § 60 Abs. 1 und 2 AktG getroffenen Regelung bestimmt werden. Jede Stückaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme (§ 19 der Satzung).

Beschränkungen, die Stimmrechte von Aktien betreffen, auch solche aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern, bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10% der Stimmrechte überschreiten sind im Anhang aufgeführt.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Eine Stimmrechtskontrolle am Kapital beteiligter Arbeitnehmer besteht nicht.

Die Ernennung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt gemäß § 84 AktG. Danach ist für die Bestellung und Abberufung eines Vorstandsmitglieds nach § 6 der Satzung der Aufsichtsrat zuständig. Die Änderung der Satzung kann nur durch Beschluss der Hauptversammlung erfolgen (§§ 119, 179 AktG).

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, bis zum 27. August 2012 das Grundkapital durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu € 20.600.000,00 zu erhöhen. Die Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien kann dabei gegen Bar- und/oder Sacheinlagen erfolgen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates

- a) Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;
- b) das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder von Beteiligungen an Unternehmen oder sonstiger Vermögensgegenstände erfolgt;
- c) das Bezugsrecht der Aktionäre bei ein- oder mehrmaliger Ausnutzung des Genehmigten Kapitals bis zu einem Kapitalerhöhungsbetrag auszuschließen, der 10 % des zum Zeitpunkt der Erteilung und des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung sowie des zum Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals nicht überschreitet, um die neuen Aktien gegen Bareinlage zu einem Ausgabebetrag auszugeben, der den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden.

Über den Inhalt der Aktienrechte und die weiteren Bedingungen der Aktienaussgabe einschließlich des Ausgabebetrages entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats.

Weiter wurde der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 12. Juli 2010 ermächtigt, bis zum 11. Juli 2015 eigene Aktien gem. § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Hiervon wurde bisher noch kein Gebrauch gemacht.

Entschädigungsvereinbarungen wegen Kontrollwechsel gibt es keine.

8. Vergütungsbericht

Die Festlegung und Überprüfung der Vorstandsvergütung ist Aufgabe des Aufsichtsrats. Beide Vorstände erhalten eine Festvergütung. Zusätzlich erhält Herr Dr. Rothenberger eine erfolgsbezogene Tantieme bis maximal T€ 45 p.a., über deren tatsächliche Höhe der Aufsichtsrat jeweils entscheidet.

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2010 individualisiert:

Dr. Sven-G. Rothenberger		
Laufende Bezüge	174.000,00 €	(Vj. T€ 219)
Rückzahlung Abfindung	0,00 €	(Vj. T€ -112)
Tantieme für 2010	<u>45.000,00 €</u>	(Vj T€ 45)
	219.000,00 €	(Vj. T€ 152)
Hendryk Sittig	87.600,00 €	(Vj. T€ 0)
Sebastiano Ferrante bis April 2009	<u>0,00 €</u>	(Vj. T€ 10)
Gesamt	<u>306.600,00 €</u>	(Vj. T€ 162)

In diesen Bezügen sind Zuschüsse für Sozialversicherung und Lebensversicherungen sowie die Gewährung einer Entschädigung für die dienstliche Nutzung eines privaten PKW's enthalten.

Die Vergütung des Aufsichtsrats wird durch Beschluss der Aktionäre in der Hauptversammlung bestimmt. Jedes Mitglied erhält eine Festvergütung.

Daneben erhält der Aufsichtsrat eine erfolgsorientierte Vergütung von € 1.000,- für jedes Prozent, um das die von der Gesellschaft an die Aktionäre ausgeschüttete Dividende 4% des Grundkapitals übersteigt.

Die Vergütung ist zahlbar nach Ende der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Entlastung für das jeweilige Geschäftsjahr beschließt.

Aufsichtsratsvergütung für das Geschäftsjahr 2010 individualisiert:

Werner Uhde	12.000,00 €
Günter Rothenberger	9.000,00 €
Matthias Hünlein	<u>6.000,00 €</u>
Gesamt	<u>27.000,00 €</u>

9. Sonstige Angaben

Der Vorstand hat im April 2010 eine Erklärung nach § 289a HGB abgegeben. Die Erklärung zur Unternehmensführung ist auf der Internetseite der Gesellschaft (<http://www.aaa-ffm.de/pages/iv-finanzberichte.html>) veröffentlicht.

Seit dem 30.04.2009 ist die a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung ein abhängiges Unternehmen der herrschenden Rothenberger Vermögensverwaltung 4 x S GmbH, Bad Homburg.

Es wurde deshalb gemäß § 312 AktG der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) erstellt und dort abschließend erklärt:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Frankfurt am Main, den 30. März 2011

Der Vorstand

Dr. Sven-G. Rothenberger

Hendryk Sittig

- Vorsitzender-

a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung

Versicherung der gesetzlichen Vertreter („Bilanzzeit“) zum Einzelabschluss der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung zum 31. Dezember 2010

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.“

Frankfurt am Main, den 30. März 2011

Der Vorstand

Dr. Sven-G. Rothenberger Hendryk Sittig

-Vorsitzender-

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der a.a.a. aktiengesellschaft allgemeine anlageverwaltung, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 18. April 2011

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Lemnitzer	Kalthoff
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer